Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

64 (7.2.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe

Nr. 64 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 7. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Starke Artillerietätigkeit an der Westfront.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Febr. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Nahe an der Küste am Nachmittag Artilleriekampf.

Von einem Vorstoß westlich von Zandvoorde und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterieabteilungen Gefangene ein. Die englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarbe und westlich von Cambrai wieder tätig. Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte.

Im Maasgebiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Ornes erfolgreich durchgeführte Erkundung tagsüber an.

* * *

Vizefeldwebel Eswein schoß in den letzten drei Tagen sechs feindliche Flugzeuge ab.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 6. Febr. (Amtlich). Im Aermelkanal fielen unseren rastlos tätigen U-Booten

fünf Dampfer, ein englischer Segler und ein englisches Fischerfahrzeug

zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen. Einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

* * *

WTB. Berlin, 6. Febr. Der auf dem Wege nach Cherbourg mit Stückgut versenkte Dampfer führt der französischen Regierung wieder einmal den Ernst der U-Bootwirkung vor Augen. Frankreich, das bis zum Kriege stolz darauf war, auf eine große Brotgetreideeinfuhr verzichten zu können, ist infolge Arbeitermangels, Aushebung von Pferden und Besetzung seiner Grenzprovinzen in immer stärkere Abhängigkeit von der überseeischen Zufuhr geraten. Der Rückgang seiner Anbaufläche seines Brotgetreides wird auf 30 Prozent geschätzt. Die Zeitung „Le Pays de France" schrieb am 6. Dez., daß die französischen Seehäfen jetzt zweimal soviel Kohlen und zwölfmal so viel Getreide importieren müßten, wie im Frieden. Deshalb stößt unser U-Bootkrieg auch an dieser Stelle auf brüchigen Boden. Kein Geringerer als Charles Roux, Präsident der Compagnie Générale Transatlantique, erklärte am 29. Dezember im „Semaphore de Marseille", nur unsere U-Boote könnten die Erfolge der Kriegführung der Entente in Frage stellen. Eine halbe Million Bruttotonnen oder ein Fünftel seiner gesamten Flotte habe Frankreich im vergangenen Sommer verloren.

Die amerikanischen Vorschüsse an die Alliierten.

WTB. Washington, 7. Febr. (Reuter.) Die Vorschüsse an die Alliierten wachsen durch ein Darlehen von 155 Millionen Dollars an Frankreich auf 4 634 400 000 an.

Die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk.

(Berlin, 7. Febr. Unter der Ueberschrift „Die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk" schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" redaktionell: Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen. Unsere Diplomaten haben bisher Herrn Trotzki äußerste Geduld und Entgegenkommen bewiesen, um den Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Funksprüche zeigten nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen gewürdigt haben. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es, wenn Trotzki jetzt nach Petersburg telegraphiert, daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppten.

Die „Kreuzzeitung" sagt im Anschluß an die Berichte aus Südrußland, die bolschewistische Bewegung verliere innerhalb der Ukraine immer mehr an Boden.

Der türkische und bulgarische Heeresbericht.

WTB. Konstantinopel, 7. Febr. (Amtl. Bericht von gestern.) An der Palästinafront wurde ein feindlicher Patrouillenvorstoß an der Strecke Jerusalem-Nablus abgewiesen. Sonst nichts von Bedeutung.

WTB. Sofia, 7. Febr. (Amtl. Bericht von gestern.) Mazedonische Front: Westlich vom Prespa-See während des ganzen Tages Artillerietätigkeit von wachsender Heftigkeit. An verschiedenen Punkten zwischen Wardar und Doiran-See ziemlich starke gegenseitige Feuerüberfälle. Oestlich des Doiran-Sees und an der unteren Struma zerstreuten unsere Infanterieabteilungen durch ihr Feuer mehrere starke Erkundungsabteilungen. Dobrudscha-Front: Waffenstillstand.

Die Greueltaten der Armenier.

(!) Konstantinopel, 6. Febr. (Meldung der Agentur Milli). Nach Abschluß des Waffenstillstandes mit der russischen Armee an der Kaukasusfront war abgemacht worden, daß die den Vertrag schließenden Parteien die Bedingungen des Waffenstillstandes bis zur Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litowsk strenge innehalten sollten. Trotzdem ist festgestellt worden, daß die Truppen der Kaukasusarmeen anfangen, die Abgrenzungslinie vor unserer Front mit ihren Quartieren zu verlassen, und daß sie sich zu Land und Wasser ins Innere Rußlands zurückziehen. Unter Ausnutzung dieses Beginnens der Räumung der besetzten Gebiete seitens der russischen Truppen haben die eingeborenen Armenier und diejenigen, die zu den russischen Einheiten gehörten, mit ihren Waffen die Flucht ergriffen, um in den erwähnten Gebieten zurückzubleiben. Sie schicken sich an, die Einwohner osmanischer Herkunft, die sich dort befinden, und namentlich das muselmanische Element zu verfolgen. Das alles ist bestimmt beglaubigt durch Nachrichten, die durch türkische kriegsgefangene Soldaten gegeben werden, welche unsere Linien haben erreichen können, ferner durch die eingeborene Bevölkerung, der es gelungen ist, den Klauen der Armenier zu entkommen, sowie durch eine Abordnung, die mit der Bitte um Hilfe zu uns von der Bevölkerung geschickt worden ist, die sich den armenischen Verfolgungen noch nicht hat entziehen können und noch jetzt allen ihren Grausamkeiten ausgesetzt ist. Diese Tatsachen wurden sogleich und wiederholentlich dem Oberstkommandierenden der russischen Kaukasusarmeen in der ganzen ihnen zukommenden Bedeutung mit der Bitte mitgeteilt, diesen Verfolgungen und Grausamkeiten ein Ende zu machen. Antwortdepeschen und Mitteilungen des genannten Oberstkommandierenden besagen, daß strenge Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden sollen, um die gemeldeten Verfolgungen zu verhindern. Trotzdem steht unumstößlich fest, daß die muselmanische Bevölkerung im Gegenteil täglich heftigere Verfolgungen erleiden muß, und zwar infolge des Umstandes, daß die russischen Truppen, welche fähig wären, die Zusagen des russischen Oberstkommandierenden zu erfüllen, die Gebiete vollständig geräumt haben, wo diese Grausamkeiten verübt werden.

Wir werden uns damit begnügen, einige der bezeichnendsten Greueltaten mitzuteilen, die in dem an unserer Front angrenzenden Gebiete begangen und dem russischen Oberkommando ausdrücklich gemeldet worden sind. Die Armenier schleppten Mehmed Effendi, früheren Sekretär der Gemeindeverwaltung von Erzindschan, weg und zerstückelten seine Mutter, seine Frau und seine vier Kinder. Die Armenier töteten in Veissi den Sohn des Gulbahars, dessen Frau sie gewaltsam fortschleppen wollten. Am 12. Januar drangen Armenier überraschend in das Dorf Kelersen ein, fesselten 15 Muselmanen und erschossen sie alle. Am 7. Januar schleppten Armenier, die mit russischen Uniformen bekleidet waren, 50 Frauen und Männer aus dem Dorfe Fol an der Küste des Schwarzen Meeres fort und trieben sie nach der Richtung von Trapezunt. Die Leichen einiger dieser Verschleppten wurden später in dem Bache Fol auf-

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

St. **Großherzogl. Hoftheater Karlsruhe.** Der Zigeunerbaron. Zugunsten der Hoftheaterpensions-Anstalt wurde gestern der Zigeunerbaron gegeben. Die Vorstellung stand unter keinem sehr günstigen Stern. Herr Lorentz, der musikalische Leiter, mußte wegen Krankheit absagen, dann waren zwei Gäste da, Frau Obardy-Tercs und Herr Voissin aus Mannheim für den erkrankten Herrn Hancke. Man beschränkt sich in diesen Tagen mit einer weniger flotten Zigeunerbaron-Aufführung und hofft auch hier auf bessere Zeiten. Herr Hofmann war als musikalischer Leiter berufen worden. Mit großer Umsicht und feinem Verständnis für die Eigenwilligkeit, mit der oft auf der Bühne gesungen wurde, leitete er temperamentvoll das reizende Werk mit seiner hinreißenden Musik. Frau Obardy-Tercs war leider stark indisponiert. Sie gab die Saffi. Es wird sich wohl Gelegenheit bieten, wenn die Sängerin wieder hergestellt, sie noch einmal hier in einer anderen Rolle zu hören. Herr Voissin war ein „Retter" des Abends. Sein Zsupan, um seine Schweinezucht beneidet ihn wohl heute jeder Schleichhändler, war maßvoll in allen Dingen, deshalb äußerst wirksam. Vorzüglich disponiert war Herr Neugebauer als Barinkay. Auch der Homonay des Herrn Ziegler konnte sich hören lassen. In Herrn Hertenstein lernte man einen jungen Sänger mit gutem Material aber noch wenig ausgeglichenem Spiel kennen. Er gab den Ottokar. Die Damen Bruntsch, Friedrich und Mosel-Tomschik boten als Czipra, Arsena und Mirabella Gutes. Herr Depper versuchte als Carnero sich auch gesanglich in das Ensemble einzufügen. Es war ein kläglicher Versuch, der das Gute hatte, daß er komisch wirkte. Für die Aufführung wurde mehr Sorge verwendet als nötig ist. Es war zuviel Theater auf dem Theater. Mehr Sorglichkeit im Ensemble wäre eher am Platze gewesen.

‡ **Eine Gustav Schönleber-Gedächtnis-Ausstellung.** Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Als eine Huldigung für den gerade vor einem Jahre, am 1. Februar 1917, heimgegangenen Meister der Landschaftskunst haben Freunde und Verehrer eine etwa 75 Gemälde umfassende Uebersicht über sein Schaffen veranstaltet. Die Ausstellung bringt Arbeiten aus allen Perioden Schönlebers, lyrisch-weiche Schilderungen aus Scheveningen von 1882, italienische Motive aus den 90er Jahren, alle von reichster Farbigkeit, und dann wieder die mehr auf das Idyllisch-Ruhige als auf laute Wirkungen ausgehenden Landschaften aus seiner schwäbisch-badischen Heimat, aus Rothenburg und von der nordischen Wasserkante; Bilder, in denen er das zarteste Ahnen der Natur belauscht, und zarte, duftige, graue Töne bevorzugt. Sicheres Stilgefühl und ein Wohllaut der Farbe, dem sich niemand entziehen kann, zeichnen alle seine Werke aus, wie Schönleber überhaupt in hohem Grade das Ideal verkörpert, das einem Landschafter unserer Zeit vorschwebt, fest auf dem heimatlichen Boden zu stehen und Heimatkunst im wahren Sinne des Wortes zu bieten.

* **Ein flugtechnisches Forschungsinstitut.** Die Verwaltung der Hannoverschen Waggonfabrik A.-G. hat der Technischen Hochschule in Hannover den Betrag von 100 000 ℳ zur Errichtung eines flugtechnischen Forschungsinstituts zur Verfügung gestellt. Ueber die Verwendung dieser Summe im einzelnen soll nach den Bestimmungen der Stiftung ein aus Vertretern der Hochschule und Industrie gebildetes Kuratorium befinden, das sich der in Bildung begriffenen Hannoverschen Gesellschaft zur Förderung der Gemeinschaftsarbeit technischer Wissenschaft und Praxis anschließen wird.

* **Kleine Mitteilungen.** Gegen das Zensurverbot des Hans im Schnakenloch von Schickele in Wien haben verschiedene Schriftsteller, darunter Hermann Bahr, Artur Schnitzer, Jakob Wassermann und Franz Werfel, öffentlich Einspruch erhoben. — Die Komödie Ueber alle Narrheit Liebe von Paul Ernst hat bei der Uraufführung am Stadttheater zu Nürnberg einen freundlichen äußeren Erfolg erzielt. — Im Gewandhauskonzert zu Leipzig trat dieser Tage der 18jährige Sohn von Artur Nikisch Mitja Nikisch zum erstenmal als Klavierspieler auf. Der junge Musiker hatte, wie von dort geschrieben wird, Brahms erstes Klavierkonzert gewählt und bewies mit seinem Vortrag, daß er sowohl die Technik des Klavierspiels glänzend beherrscht, wie den geistigen und seelischen Gehalt des musikalischen Werkes völlig wiederzugeben weiß. Der Erfolg war ungemein stark. — Am 8. Februar werden 100 Jahre seit der Geburt des rheinischen Schlachtenmalers Wilhelm Camphausen vergangen sein. Aus der Werkstatt des Künstlers in Düsseldorf sind zahlreiche Schlachtgemälde und Soldatenbilder, namentlich aus den Kriegen von 1864 und 1866, hervorgegangen, die sich großer Volkstümlichkeit erfreuten.

Bunte Chronik.

✕ **Eine Kriegslist Rudolf von Habsburgs.** Eine an die Geschichte vom Trojanischen Pferd erinnernde Kriegslist, deren sich, nach alten Chroniken, Rudolf von Habsburg bedient haben soll, erzählt A. Lüders in seinen Schiffsgeschichten aus früheren Jahrhunderten in der Zeitschrift Niedersachsen. Rudolf von Habsburg, so heißt es, bemühte sich, das feste „Städtlein und Schloß, Glanzenberg genannt, nicht weit von Zürich am Wasser Limmat gelegen", einzunehmen. „Des Nachts zog er mit einem Haufen Kriegsvolk aus, legte sich unter einem Berge an einen verborgenen Ort seines Vortheils zu erwarten. Daneben hatte er etliche Schiff beladen mit großen Fässern, als führten sie Ware nach Basel, aber drinnen stackten die frewdigsten Kriegsleute. Wie die nun gegen Glanzenberg unter einen Hügel kamen am Morgen früh, stiegen sie aus den Fässern, worffen derer viel ins Wasser und huben ein gros geschrey an, als hetten sie einen Schiffbruch erlitten. Die von Glanzenberg laufen zu, wollen die Ware aufhaschen, die Züricher wehren sich, also fellet alles aus der Stadt und Schlosse heuffig heraus, die Züricher zu dempfen und die Ware zu erobern. Unter diesem bricht Rudolf auf, fellt in die Stadt, nimbt sie samt dem Schlosse ein, erlangt eine große Beute und ruhm, zerbricht Stadt und Schloß und zeuhet mit frewden gen Zürich."

✎ **Goncourt als Erfinder des Gasangriffes.** „Eines der Hauptvergnügen der Neugierigen und der Bücherwürmer", so liest man im „Journal des Debats", besteht darin, den Nachweis zu erbringen, daß die neuesten Erfindungen in Wirklichkeit so alt sind, wie die Erde selbst, daß es überhaupt nichts Neues mehr unter der Sonne geben könne. Der Ernst der Zeit hat dieses hübsche Spiel nicht unterbrochen; er hat es nur auf ein Spezialgebiet verwiesen, nämlich in das Reich der neuen Kampfmittel. So z. B. haben wir der Reihe nach durch französische, englische und deutsche Blätter erfahren, daß das Unterseeboot, ursprünglich in Frankreich, in England, in Deutschland erfunden worden sei. Noch mehr steigt das Interesse an diesem seltsamen Sport, wenn man die geistige Vaterschaft hinsichtlich einer besonders mörderischen Waffe einem friedfertigen Genie, wie z. B. Goethe oder Leonardo da Vinci, zusprechen kann. Es gibt zahllose „Vorläufer" dieser Art, und darum sei daran erinnert,

gefunden. Im Dorfe Kizilagatsch, südlich von Karlibazar, wurden Leichen von Muselmanen mit gebundenen Händen gefunden, die man mit Bajonettstichen ermordet hatte. Die Armenier machten die muselmanische Bevölkerung in den Ortschaften um die Städte Kurkie und Erikli her nieder und vergewaltigten die dortigen Frauen öffentlich. Während eines ganzen Monats plünderten Armenierbanden die Häuser der Muselmanen von Karlibazar, Akkilissa und Inessila aus und ermordeten die Einwohner. Eine armenische Bande von 50 Mann überfiel Ardessa, plünderte diese Ortschaft und verbrannte den Markt. Eine große Menge von russischen Truppen den Einwohnern der Ortschaften Sarpo, Sadek, Kiösch, Andesse, Günüsch Khane, Ikisu, Baiburd, Tirhan und Erserum überlassenen Lebensmittel wurden von den Armeniern geraubt. Die Armenier schnitten die Verbindungen von Erzindschan mit der Außenwelt ab, verbrannten die Einwohner in ihren Häusern lebendig, ebenso einen Teil der Bevölkerung, den sie im Hof einer Kirche zusammengetrieben hatten. Die neue Moschee und das Rathaus wurden von ihnen mittels Bomben in die Luft gesprengt. Fünfhundert Bewohner von Erzindschan wurden, an Händen und Füßen gebunden, nach der Stadt geschleppt und erschossen. Nur Hussein Cegha und 300 Einwohner von Dersin entrannen den Armeniern und retteten sich zur türkischen Armee. Die angeführten Barbareien sind nur ein Teil derjenigen, die zu unserer Kenntnis gekommen sind. Das unglückliche, sicher ähnliche Schicksal der unschuldigen Bevölkerung der Frauen und Kinder derjenigen Gebiete, die nicht Grenzgebiete sind, oder deren Klage noch nicht hat zum türkischen Heere dringen können, ist uns noch unbekannt.

Trennung von Staat u. Kirche. — Beschlagnahme von Grundbesitz in Rußland.

z Petersburg, 5. Febr. Nach einer Meldung der Pet. Tel Agent. hat der 3. Hauptkongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte das Landgesetz angenommen, das das Eigentumsrecht an privatem Landbesitz aufhebt und dieses Recht jedem vorbehält, der das Land mit seinem eigenen Händen bearbeitet.

* Petersburg, 7. Febr. (Petersb. Tel. Ag.) Ein Erlaß über die Gewissensfreiheit der Religionsgesellschaften, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorteile, die sich auf das Glaubensbekenntnis gründen, und aller Beschränkungen der Gewissensfreiheit verkündet vollkommene Freiheit der religiösen Riten, soweit sie nicht die bürgerlichen Rechte und die öffentliche Ordnung berühren. Niemand darf seine bürgerlichen Pflichten unter Berufung auf seine religiöse Ueberzeugung vernachlässigen. Es ist erlaubt, die bürgerliche Pflicht durch eine andere vom Volksgericht genehmigte zu ersetzen. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche Versicherung ersetzt. Die Eintragung der Eheschließungen und Geburten geht auf die bürgerlichen Behörden über. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle kirchlichen und Religionsgesellschaften genießen keine Sonderrechte oder Unterstützung von Seiten des Staates und besitzen kein Eigentum. Alle Güter in ihrem Besitz werden als Volkseigentum erklärt. Gebäude und Gegenstände die dem Kultus dienen, gehen an die Religionsgesellschaften zum kostenlosen Gebrauch über.

Petersburg, 7. Febr. (Nichtamtlich.) Auf das Dekret betreffend die Trennung von Staat und Kirche haben die kirchlich gesinnten Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt. Am letzten Sonntag fanden von allen Kirchen aus feierliche Prozessionen statt, die sich mit Fahnen schließlich vor dem Alexander-Newski-Kloster zu einem Massensühnegottesdienst sammelten. Die Zahl der Teilnehmer wird an die Hunderttausend geschätzt. Die eindrucksvolle Protestkundgebung wurde von der gegnerischen Seite nicht gestört.

* London, 7. Febr. (Reuter.) Aus Petersburg wird vom 3. Februar gemeldet, daß Tausende von Frauen in einer großen Prozession gegen die Beschlagnahme des Alexander-Newski-Klosters protestierten. Auf dem Wege vom Newski-Prospekt zur Kasan-Kathedrale hielten der Bischof von Petersburg und andere Geistliche Gottesdienste unter freiem Himmel ab. Das Komitee zur Verteidigung von Petersburg ließ morgens bekannt machen, daß Prozessionen verboten seien, da sie Anstoß erregten. Der Bischof und die übrigen Geistlichen wurden für die Handhabung der Ordnung verantwortlich gemacht. Die Soldaten von der Roten Garde waren nicht zugegen.

* Rotterdam, 7. Febr. Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge erfahren „Daily News" aus Petersburg vom 2. Februar: Die Revolutionäre gerieten zum ersten Mal wegen der Beschlagnahme des Grundbesitzes und der Gebäude des reichen Alexander-Newski-Klosters in ernsten Streit mit der Kirche. Vertreter des Sowjets, die das Klostergebiet mit Soldaten der Roten Garde und Matrosen betraten, nahmen das Inventar des Klosters auf. Man braucht die Gebäude für wohltätige Zwecke, aber als es bekannt wurde, liefen Scharen von Gläubigen aus der Nachbarschaft herbei und es wurden Protestzusammenkünfte gehalten. Der geistliche Rat des Klosters beschloß, das Vorgefallene zur Kenntnis des Patriarchen zu bringen.

*

Kaledin und Alexejew.

() Petersburg, 6. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Das Smolnyinstitut empfing folgende Meldung: Zwischen Kaledin und General Alexejew brach ein Streit aus. Der letztere bestand auf der Notwendigkeit eines nachhaltigen Kampfes gegen die Maximalisten nicht nur in der Dongegend, sondern in ganz Rußland. Da Kaledin bekannt ist, daß die Sympathien der Arbeiterklasse und der Kosaken auf Seiten der maximalistischen Grundsätze stehen, sprach er sich für eine weniger unversöhnliche Haltung aus. Infolge dieses Streitfalles ist Alexejew, nachdem er eine Armee von 30 000 Mann zusammengezogen hatte, mit dieser aus der Dongegend abmarschiert. — Das Smolnyinstitut ergriff Maßregeln, um die Marschrichtung Alexejews und seiner Armee zu erfahren und um diese Bewegung zur rechten Zeit anzuhalten. Der große wirtschaftliche Beirat beim Rat der Volkskommissare erklärte alle Bergwerke im Donezbecken, welche von ihren Eigentümern verlassen worden sind, für Staatseigentum.

*

Die Ukrainer.

z(Berlin, 7. Febr. Der Vorsitzende der Rada des 26. Korps hat nach Kiew an die Zentralrada folgenden Funkspruch gerichtet: In dieser historischen Zeit, wo die ukrainische Nation an der Schwelle des langersehnten Friedens und der Freiheit steht, will die Bande (? der Gewalttäter gegen die Revolution und gegen die heilige Sache des ukrainischen Volkes in der Person des Hauptes der Charkower neugebildeten Regierung die Macht und die Friedensangelegenheiten aus den Händen unserer Erwählten, der Zentralrada, reißen. Im höchsten Maße erbost über diese Gewalttat, erklärt das 26. Korps im Namen von 50 000 Kosaken feierlich, daß es eine solche Mißhandlung der Ukrainer seitens der Knechte der Volkskommissare nicht dulden wird und auf den ersten Ruf der Zentralrada ausrücken wird. Sie werden eher als Heldenleichen auf dem Felde bleiben, aber gewalttätige Bolschewiki werden aus der Ukraine hinausgekehrt.

Ein weiterer Funkspruch besagt: Der Aufstand der Bolschewiki in Kiew ist als gänzlich liquidiert zu betrachten. Das Stadtzentrum ist von Bolschewiki gesäubert. Nur auf äußeren Punkten dauert schwaches Feuergeplänkel an. Alle Regierungseinrichtungen, der Bahnhof, das Arsenal, sind von Ukrainern besetzt. Die Bolschewiki haben bedeutende Verluste erlitten. Die Verluste der Ukrainer sind sehr unbedeutend. Die Zentralrada übertrug Golobowicz die Bildung eines neuen Ministerkabinetts.

Die Not in Kiew.

* Wien, 6. Febr. In Kiew und im ganzen Gouvernement herrscht zurzeit bei den niederen Volksschichten sehr große Not, die Zahl der Arbeitslosen steigt, vor zwei Wochen wurde sie in Kiew auf über 30 000 geschätzt. Die Munitions- und Kriegsbedarfsfabriken haben den Betrieb wegen Materialmangels eingestellt. In einer Anzahl Lebensmittelbetrieben streiken die Arbeiter. Die Streiks in den Brodzkischen Mühlen in Kiew haben die Nahrungsversorgung der Stadt ernstlich gefährdet. Vor dem Arbeiterhaus finden täglich große Ansammlungen von vielen tausenden Arbeitslosen statt. Die ukrainischen Bolschewikis haben an ihnen eine starke Stütze. Die Teuerung steigt täglich. In Kiew kostet ein Ei 28 Kopeken, ein Pfund Butter 10 bis 12 Rubel, ein Pfund Speck vier Rubel. Die ukrainische Stadtregierung hat versucht, durch die Gründung von Volksküchen der Not zu steuern.

Die Kriegsbeschädigten und die Friedensfrage.

* Karlsruhe, 7. Februar.

In unserem Samstag-Abendblatt veröffentlichten wir eine Erklärung des „Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich", die sich mit sehr erfreulicher Entschiedenheit gegen jene sturmbewegte Berliner Versammlung vom 11. Nov. wendete, in der deutsche Kriegsbeschädigte „mit leeren Aermeln und hinkend an zwei Stöcken" in abstoßender Weise zu politischen Zwecken zur Schau gestellt wurden. Die Kriegsbeschädigten, die sich in dieser Art mißbrauchen ließen, sind Mitglieder der Ortsgruppe Berlin des „Bundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer". Da in der von uns wiedergegebenen Erklärung des erstgenannten Verbandes der Bund der Kriegsbeschädigten als eine sozialdemokratische Organisation bezeichnet worden war, ist uns jetzt von dessen Karlsruher Ortsgruppe die folgende Erklärung zugegangen:

In Nr. 56 veröffentlicht die „Bad. Landeszeitung" einen Artikel „Für einen Frieden der Kriegsbeschädigten". Dieser ist, soweit er den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer betrifft, in allen Teilen unrichtig und müssen wir die darin enthaltenen Verdächtigungen entschieden zurückweisen. Ganz energisch protestieren wir gegen die Bezeichnung „Sozialdemokratischer Bund" und stellen demgegenüber fest, daß nach den Satzungen der Bund parteipolitisch und religiös vollständig neutral ist. Seine Mitglieder sind Angehörige aller Stände und infolgedessen auch der verschiedensten Parteirichtungen. Schon dieser Umstand verlangt eine unparteiische Geschäftsführung und verbietet es der Bundesleitung, sich in das Schlepptau irgend einer Partei nehmen zu lassen. Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer erstrebt: wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer und Wahrung der Interessen derselben durch diese selbst gegenüber der Gesetzgebung und Mitarbeit an den bestehenden Fürsorgeeinrichtungen.

Seine bekannte Stellungnahme zur Friedensfrage begründet der Bund damit, daß seine Mitglieder es als eine unerhörte Zumutung betrachten, die für eingebüßte Gesundheit und verlorene Gliedmaßen gewährten und für das wirtschaftliche Fortkommen der Kriegsbeschädigten unbedingt notwendigen Renten von einer Kriegsentschädigung abhängig zu machen. Solange es in deutschen Landen noch jemand gibt, der während und nach dem Krieg reicher ist als zuvor, möge man den Kriegsbeschädigten fernbleiben mit derartigen Gesten.

Kein ehemaliger Feldgrauer will einen sogen. „Verzicht- oder Hungerfrieden, sondern sie erhoffen ein neues, starkes, freies Deutschland, für das sie gekämpft und geblutet haben und für welches die noch draußen stehenden Kameraden ihr Leben täglich in die Schanze schlagen.

Bezirksverein Karlsruhe.

Bund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer.

* * *

In dieser Erklärung ist zunächst ein Irrtum richtig zu stellen. In dem Aufruf des Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter ist an keiner Stelle dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die für die Kriegsbeschädigten unbedingt notwendigen Renten von einer Kriegsentschädigung abhängig zu machen seien. Es heißt da vielmehr:

Was wollen wir: unsere und vor allen Dingen unserer schwer beschädigten Kameraden wirtschaftliche Sicherstellung, d. h. auskömmliche Löhne und Gehälter, erhöhte Renten usw. Kann uns das ein geschwächtes Deutschland bieten, kann uns dieses ein schlechter Frieden bringen? Das Rechenexempel ist sehr einfach: Die Verelendung ist unser Los, wenn wir in diesem Kriege schlecht abschneiden. . . . . Und dann unsere Renten! Nicht um einen Heller werden sie erhöht werden können, wenn zu den furchtbaren Lasten des Reiches noch die Bürde eines schlechten Friedens hinzukommt!

Auf die Frage der Kriegsentschädigung ist hier also mit keinem Wort Bezug genommen. Es wird vielmehr nur mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß ein solcher Verzichtfrieden, wie ihn auch die Karlsruher Ortsgruppe mit aller Entschiedenheit zurückweist, das deutsche Volk wirtschaftlich derart lähmen würde, daß es seinen Verpflichtungen gegen die Kriegsbeschädigten nicht so nachkommen könnte, wie es sich diesen schwer getroffenen Verteidigern von Haus und Herd gegenüber gebührt. Die Karlsruher Ortsgruppe des Bundes hätte darum ihre Protesterklärung in erster Linie jenen Berliner Kameraden zustellen müssen, die sich zu einer Propaganda für den Verzichtfrieden parteipolitisch mißbrauchen ließen, die sich in das Schlepptau der sozialdemokratischen Verzichtfriedler begeben und dadurch die Interessen der Kriegsbeschädigten schwer geschädigt haben. Daß die Karlsruher Ortsgruppe des Bundes sich nicht auf diesen Standpunkt der Berliner stellt, wird in den weitesten Kreisen unseres Volkes mit aufrichtiger Freude begrüßt werden.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

22. öffentliche Sitzung.

△ Karlsruhe, 7. Februar.

Präsident Kopf eröffnete um 9¼ Uhr die Sitzung und teilte mit, daß der Abg. Neuhaus der Budgetkommission beigetreten ist. Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der

Beratung über den Staatsvoranschlag für 1918 und 1919,

Hauptabteilung V: Großh. Ministerium der Finanzen einschließlich Amortisationskasse.

Finanzminister Dr. Rheinboldt

ging auf die Wünsche und Anregungen aus dem Hause ein und dankte für die anerkennenden Worte, die den Beamten und Staatsarbeitern gewidmet wurden. Diese Anerkennung ist, fuhr der Redner fort, verdient. In einzelnen Zweigen hat der Krieg große Mehrarbeit gebracht, so bei der Steuerveranlagung, der Münze u. v. a. Unser Personal ist stark zusammengeschmolzen. Wir haben über 1300 Beamten zum Heeresdienst abgeben müssen. Welche Mehrarbeit die Zurückgebliebenen zu leisten haben, ergeben folgende Zahlen: Es sind 1303 Steuerreklamationen, davon wurden 59 zurückgegeben, 369 abgewiesen, 1062 als begründet befunden, es wurden also alle Beschwerden bis auf 225 aufgearbeitet. Ich muß auch derjenigen Beamten gedenken, die ins Feld gezogen sind. Ein Teil von ihnen hat dort Leben und Gesundheit geopfert. 141 Beamte haben wir verloren. Heißer Dank ihnen allen.

Auf dem Gebiete des Reichsfinanzwesens ist der Wunsch ausgesprochen worden, über die Steuerpläne des Reiches etwas zu erfahren. Ich habe mich bereits früher darüber geäußert. Ich habe schon mitgeteilt, daß es jetzt unmöglich ist, genaue Auskunft zu geben, weil der Bedarf noch nicht feststeht, wir wissen aber, daß jeder Kriegstag den Bedarf um 30 Millionen ℳ erhöht. Wir wissen auch noch nicht, wieviel wir davon zu tragen haben und wieviel wir denen aufbürden können, die den Krieg verschuldet haben. An der Vorbereitung zur Steuerordnung der Reichsfinanzen arbeitet im Reichsschatzamte ein Heer der besten Köpfe, nicht nur Beamte. Abg. Köhler hat auch den Finanzbeirat des Reichsschatzamtes erwähnt und gesagt, man habe auch da hinein wieder nur Interessenten berufen. Das ist nicht richtig. Es wurden auch Mitglieder des Mittelstandes und des Arbeiterstandes berufen, so Obermeister Rahardt, die Gewerkschaftssekretäre Schippel und Stegerwald (Wittemann: die Parlamente sind nicht vertreten). Parlamente sind vertreten, allerdings wurden die Parteien nicht berücksichtigt, sondern ihr Sachverständnis der Berufenen. Ob, der Bundesrat sich schon mit Steuervorschlägen zu beschäftigen hat, kann ich noch nicht sagen. Ich werde aber sobald dies möglich ist, dem Hause Kenntnis geben. Der Grundsatz, direkte Steuern den Einzelstaaten, indirekte dem Reich, bestehe schon lange nicht mehr. Es gibt manche direkte Steuer, die uns das Reich weggenommen hat, aber gegen eine dauernde Wegnahme der Einkommensteuer muß ich mich energisch wehren, sonst wäre ich nicht wert, als Finanzminister eines Bundesstaates hier zu stehen. Die Steuervorschläge der Abg. Köhler und Wittemann sind im Bundesrate bereits gründlich geprüft worden. Die Kriegsgewinne sollen durch die Steuer energisch erfaßt werden. Auch die dauernde Registrierung der Vermögen wird bereits durchgeführt. Sicherungen gegen die Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande sind vorgesehen, durch strenge Strafen und durch Verschärfung der Paßvorschriften. Es wurde vorgeschlagen, den Zwang zur Offenlegung der Bankbücher durchzuführen. Ich bin der Meinung, daß diese Maßregel das Gegenteil von dem bewirken würde, was beabsichtigt ist.

Darauf ging der Finanzminister auf den Etat ein. Unsere Zukunft, führte er aus, wird schwer sein. Wenn wir zu einem baldigen Frieden kommen und das Reich nicht zu schwer belastet wird, hoffe ich, daß wir ohne Schaden aus dem Kriege kommen. Richtig ist es, daß wir nach dem Krieg offene Märkte brauchen. Die große Bewilligung an die Beamten hat freilich meiner Zuversicht einen starken Stoß versetzt, sie aber nicht erschüttert. Jedenfalls darf auf diesem Gebiete nicht mehr viel kommen. Die Einkommensteuern haben seit 1913 um 23 Millionen zugenommen, dagegen haben die indirekten Steuern um 9 Millionen abgenommen, darunter die Biersteuer, ferner sind auch die Justiz- und Polizeigefälle zurückgegangen. Hier beträgt der Rückgang seit 1913 4½ Millionen ℳ. Es ist richtig, daß eine Verschiebung der Einkommen erfolgt ist. Die Einkommen von 900 bis 2000 ℳ sind zurückgegangen. Die Einkommen von 20—50 000 ℳ sind sich gleich geblieben, die Millionäreinkommen (über 50 000 ℳ) sind von 21 auf 40% gestiegen, dagegen ist die Zahl der Pflichtigen gesunken. Bei den Einnahmen des Staates sind ebenfalls Ausfälle eingetreten, so bei der Lotterie- und bei der Amortisationskasse. Dann ist mit Mehrausgaben zu rechnen, so bei der Portobauschsumme usw. Um Ordnung ist die Finanzen zu bringen, müssen wir unsere direkten Steuern ausbauen. Die Steuergesetzgebung soll neu bearbeitet werden und ich hoffe, daß wir dem nächsten Landtage eine Vorlage darüber machen können. Dabei werden auch die sozialen Forderungen berücksichtigt werden. Es wird sich darum handeln um eine Verschärfung des Kinderparagraphen und um einen Ausbau der Progression. Um eine Ledigensteuer werden wir auch nicht herumkommen. Unser Veranlagungssystem soll auch geändert werden. Die Bezirke der Steuerkommissäre müssen der Arbeitskraft der Beamten angepaßt werden. Auch auf die wirtschaftliche Entwickelung des Bezirkes muß Rücksicht genommen werden. Eine Verschärfung der Strafbestimmung für Defraudanten wird erfolgen.

Der Minister teilt nun die Bestrafung und Begnadigung der Steuerdefraudanten mit und versicherte, den Begnadigungen seien genaue Prüfungen vorausgegangen und sie seien nur in Ausnahmen bewilligt worden. Die Einführung der Lustbarkeitssteuer, führte der Minister weiter aus, ist den Städten überlassen, die Versicherungssteuer hat das Reich schon durchgeführt, mit der Reklamesteuer hat sich das Reich schon beschäftigt. Wir müssen bei den indirekten Steuern warten, was das Reich uns übrig läßt. Abg. Rehmann hat die Bodenpolitik behandelt. Diese Frage ist tatsächlich wichtig. Ich habe bereits die Sache geprüft. In den letzten 38 Jahren wurden 304 Hektar jährlich im Durchschnitt aufgeforstet. Die Ausstockungen erstrecken sich auf das ganze Land. Die Aufforstungen haben in den letzten 15 Jahren vor dem Kriegsausbruch zugenommen, weil die Industrie der Landwirtschaft immer mehr Leute weggenommen hat. Viele Felder gingen so der Pflege verlustig und fielen der Verödung anheim, man führte sie, um einen Ertrag zu gewinnen, der Aufforstung zu. Die Aufforstung beförderte man auch durch die Gesetze. Bei der Aufforstung von Gelände ist man allerdings, namentlich im südlichen Schwarzwalde, zu weit gegangen, nicht nur durch den Staat, sondern auch durch andere Körperschaften, und durch Standesherren. In der letzten Zeit ist aber nur Gelände aufgeforstet worden, das verwildert war und brach da lag. In Zukunft soll die Frage genau geprüft werden, ehe man zur Aufforstung schreitet. Die Ausstockung, die in den Rheingegenden gewünscht wird, soll erfolgen. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß auch der Wald nicht unterschätzt werden darf. So wissen wir nicht, ob wir nach dem Kriege so viel Holz einführen können, als unsere Industrie braucht, wir müssen darum die Holzbestände erhalten, die wir notwendig haben. Den Bodenschätzen werden wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Was wir können, soll registriert werden. Zur Forschung nach Mineralien ist eine Summe in den Etat eingestellt und diese Anforderung wird immer wiederkehren. Die Vorschläge des Forstrats Könige aus Kehl wären ein Bruch mit dem System, das sich seit 1868 bewährt hat und an dem System möchte ich nichts geändert wissen. Einzelne Forstämter können gespart werden, das soll geprüft werden, ebenso auch verschiedene Domänenämter.

Der Vorwurf, daß an der Spitze der Domänenverwaltung kein Fachmann steht, kann ich nicht begreifen, denn die Domänen sind doch bisher gut verwaltet worden. Daß die Oberförster sämtliche Schreibarbeit besorgen müssen, ist nicht richtig. Daß die Brauerei Rothaus einen Ueberschuß von 15 000 ℳ erzielen konnte, ist erfreulich. Leider hat uns der Krieg in den Verbesserungsplänen gestört, wir haben die Modernisierung von Rappenau und die Verbesserung des Inhalatoriums in Dürrheim nicht durchführen können. Den Anregungen des Abg. Sidler soll Rechnung getragen werden. Die Verteilung des Salzes soll den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend erfolgen. Aus den Salinen konnten die gleichen Kochsalzmengen wie im

---

daß auch Edmond de Goncourt unter ihnen genannt werden muß. Wer im siebenten Abschnitt des berühmten Tagebuches der Brüder Goncourt nachblättert, wird folgende Stelle finden: „Freitag, den 24. August. Während der Belagerung von Paris habe ich viele Stunden, die mich im Geiste weit forttrugen, in einem Traum verbracht, der mich immer wieder beschäftigte und in seinen Bann zwang. Ich habe nämlich eine chemische Mischung erfunden, die die Luft in ein brennendes Gas umwandelte und es dem Menschen unmöglich machen sollte, zu atmen." Wenn Edmond de Goncourt noch lebte, würde er also sicherlich, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, erklären, daß die Gasangriffe von ihm vorausgeahnt worden seien. Aber auch hinsichtlich der Luftangriffe hätte er einen Teil des Ruhmes für sich beanspruchen können. In seinem Tagebuch schrieb er nämlich weiter: „Während der Belagerung von Paris habe ich auch einen „fliegenden Stuhl" erfunden, den man aufziehen konnte wie eine Spieluhr, worauf er sich 24 Stunden lang schwebend in der Luft halten mußte." So hat also Edmond de Goncourt 20 Jahre vor den ersten Flügen von Wright und Blériot, 30 Jahre vor der erstmaligen Verwendung giftiger Gase als Kampfmittel, an Plänen gearbeitet, die heute zu den neuesten und fürchterlichsten Kriegsmethoden gehören."

Frieden geliefert werden. Die Wünsche der ländlichen Bevölkerung konnten dabei nicht vollständig befriedigt werden, weil der Bedarf bei weitem gewachsen ist. Mißlich für die Salzversorgung war auch das Salzbesteuern. Die Frage des Neubaues eines Pfarrhauses in Säckingen soll geprüft werden. Dem Zustande des Konstanzer Münsters habe ich meine besondere Aufmerksamkeit zugewendet, es sollen dafür auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Belohnungen an die Verwaltungsbeamten für die Veranlagung der Kriegssteuer konnten noch nicht ausbezahlt werden, weil das Parlament noch nicht seine Zustimmung dazu gab. Die Ausfuhr von Silbergeld beruht auf einer strengen Vorschrift. Noch einer neuen Anordnung des Reichskanzlers soll die Verordnung scharf durchgeführt werden. Die Frage, ob den Beamten, die keine Uniform tragen, eine Geldentschädigung zu gewähren ist, wird geprüft. Die Schaffung der Betriebsordnung der Zoll- und Steuerdirektion ist eine dankenswerte Arbeit, für die ich dem Beamten, der sie geschaffen hat, meinen Dank ausgesprochen habe. Die Frage, ob dem Finanzamt in Gummendingen ein Girokonto angelegt werden kann, wird zurzeit geprüft.

Der Minister ging auf weitere Einzelfragen ein.

Domänendirektor Tröger

betonte dem Berichterstatter gegenüber, daß die Forstbezirke in Baden die größten in den Bundesstaaten sind.

Abg. Scholl (Ztr.)

brachte Wünsche der Sägewerksbesitzer aus dem Bezirke Buchen wegen der Holzzuteilung vor.

Geh. Oberforstrat Gretsch

erwiderte dem Abg. Schell, daß die Forstverwaltung auf die Holzverteilung keinen Einfluß habe. Die Behörde werde aber die Angelegenheit dem Kriegsamte vorbringen.

Abg. Köhler (Ztr.)

behauptete, die bayerischen Abgeordneten wüßten schon etwas von den Steuerplänen der Reichsregierung. So habe ein bayerischer Abgeordneter in einer Zeitung berichtet, daß eine Besteuerung aller Getränke mit Ausnahme von Wasser und Milch geplant ist. Die Biersteuer solle auch in eine Fabrikatsteuer umgewandelt werden, wenigstens für die Norddeutsche Brausteuergemeinschaft. Davon hätte uns der Minister Mitteilung machen sollen. An dem Finanzbeirat ist zu bemängeln, daß kein Badener darin sitze, wohl aber fünf Bayern. Die Domänenverwaltung ist den Kirchen gegenüber sehr zurückhaltend. Auch Dingen, die Forstrat Könige vorgeschlagen hat, sollte man nachgehen.

Abg. Schön (nat.-lib.):

Die Klagen, die der Abg. Schell vorgetragen hat, sind nur ein Teil von dem, was hier zu sagen ist. Aehnliche Klagen sind auch auf dem hohen Schwarzwalde erhoben worden. Diese Klagen haben dort dazu geführt, daß sich die Waldgemeinden zusammengeschlossen haben. Dem Druck dieser Vereinigung ist bei der letzten Holzbeteilung Rechnung getragen worden. Es scheint, als ob Baden bei der Aufbringung des Holzes recht scharf herangenommen wurde. Wir können nicht verstehen, daß die Beschlagnahme in keinem andern Staat durchgeführt wurde und man hat in einer Interessenversammlung von zweierlei Maß gesprochen. Es ist hier auch zu berücksichtigen, daß bei Verwertung der Hölzer dem Handel ein Drittel freigegeben wurde, während die Gemeinden zu bestimmten Preisen ihr Holz abgeben mußten. Die Holzgemeinden Badens haben nun sich zusammengeschlossen, weil sie nicht den nötigen Rückhalt hatten an der Forstverwaltung gegenüber dem Generalkommando. Die Holzlieferer-Vereinigung hat gesagt, wir möchten den Bogen nicht überspannen. Dieses Wort können wir ihr zurückgeben. Nachdem nun die Fürstenbergische Forstverwaltung der Holzlieferervereinigung beigetreten ist, darf man das auch vom badischen Staate hoffen. Die Angelegenheit soll jetzt so geregelt werden, daß auch den Gemeinden ein Drittel Holz überlassen bleibt, auch ein Rabatt, der bei Barzahlung gegeben wurde, soll in Wegfall kommen. Nun hören wir, daß Höchstpreise für das Freidrittel erlassen werden sollen. Dadurch würden die Gemeinden geschädigt werden.

Geh. Oberforstrat Gretsch

erklärte, daß nicht nur in Baden, sondern auch in Württemberg die Beschlagnahme des Holzes durchgeführt worden sei.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Schell** (Zentr.) und **Spang** (Zentr.) und nachdem der Berichterstatter **Kold** und der Antragsteller **Seubert** auf das Schlußwort verzichtet hatten, wurde abgestimmt.

Der Etat des Finanzministeriums wurde einstimmig angenommen, der Antrag **Seubert** auf Freigabe der Tobinambur zum Brennen im eigenen Bedarf wurde mit 26 Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Sozialdemokraten und des Abg. Bernauer gegen 21 Stimmen des Zentrums und der Rechtsstehenden Vereinigung abgelehnt.

Abg. **Schirmeister** (Zentr.) berichtete für die Budgetkommission über den Antrag **Neck** (nat.-lib.) und Gen. betreffend die Erhöhung der Gebühren der Gemeindebeamten. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Sätze der Gemeindegebührenordnung den heutigen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen." Die Kommission stelle den Antrag, den Antrag Neck abzulehnen, ihn aber der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. **Neck** (nat.-lib.) hielt gegenüber dem Antrage der Kommission seinen Antrag aufrecht. Die Abgg. **Martin** (Zentr.) und **Wittemann** (Zentr.) plädierten für den Antrag Neck. Abg. **Marum** (Soz.) sprach sich für den Antrag der Kommission aus, da der Antrag Neck einen Eingriff in die Selbstverwaltung darstelle.

Staatsminister Freiherr v. **Bodman** sprach den Gemeindebeamten seine Anerkennung für die Tätigkeit während des Krieges aus und meinte dann, es sei aber eine Frage, ob man den Gemeinden vorschreiben solle, daß sie die Gebühren der Gemeindebeamten für ihre auswärtige Tätigkeit erhöhen sollen. Man müsse berücksichtigen, daß es sich bei der herrschenden Geldentwertung um einen vorübergehenden Zustand handle. Würden aber die Gebühren jetzt geändert, so würde daraus eine dauernde Einrichtung werden und die Gebühren könnten später kaum wieder herabgesetzt werden. Die Gemeinden seien aber selbst in der Lage die Gebühren zu erhöhen und wenn die Regierung einschreiten würde, wäre das tatsächlich ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Hierzu komme noch, daß die Frage der Tagegelder der Staatsbeamten mit der Angelegenheit im Zusammenhang stände. Würde durch die Regierung eine allgemeine Erhöhung der Sätze der Gemeindebeamten durchgeführt werden, so würde dies einwirken auf die Tagegeldersätze der Staatsbeamten. Der Staatsminister trat dem Antrage der Budgetkommission bei.

Präsident **Kopf** teilte mit, daß ein Antrag Neck, Martin und Genossen eingegangen sei, der um Annahme des Antrages Neck, die Gebühren der Gemeindebeamten betreffend ersuchte.

Abg. **Hertle** (N. V.) sprach sich für den Antrag aus.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Neck mit großer Mehrheit angenommen. Damit war der Antrag der Kommission abgelehnt.

Hierauf vertagte sich das Haus auf morgen vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfrage des Abg. Massa über die geteilte Arbeitszeit und Verschiedenes.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

Aus dem Reich.

Die 4. Wagenklasse in Bayern.

* Aus München wird uns berichtet: Eine Vorlage des Verkehrsministers an den Landeseisenbahnrat beantragt die Einführung der 4. Wagenklasse in Bayern vom 1. April ab. Bayern hatte bisher wie Baden nur die 3b-Klasse; nur in der bayerischen Pfalz ist die 4. Wagenklasse schon seit längerem eingeführt.

Eine volksparteiliche Erklärung zum Streik.

* Die Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses haben, wie Berliner Blätter melden, in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4. Februar 1918 einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Die Fraktionen verurteilen aufs schärfste, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Verwirklichung politischer Forderungen das Mittel der Arbeitseinstellung gewählt worden ist, die das Wohl des Vaterlandes bedroht und die Bemühungen für Frieden und Fortschritt nicht fördert, sondern stört. Sie bedauern insbesondere auch, daß die Bereitwilligkeit der Regierung, zwecks Beilegung der Arbeitseinstellung mit Abgeordneten und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu verhandeln, an der ablehnenden Haltung radikaler Elemente gescheitert ist.

Die Fraktionen geben schließlich der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung und die zur Durchführung einer volksfreundlichen Politik entschlossenen Parteien unbeirrt für die schleunige Erfüllung der berechtigten Forderungen des Volkes sorgen und allen Hemmnissen mit Entschiedenheit entgegentreten werden.

Die Reform des preußischen Herrenhauses.

)(**Berlin**, 5. Febr. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der Antrag des Unterausschusses angenommen, wonach auf grund von Präsentationen auf die Dauer ihres Hauptamts, Berufs oder Besitzes, aber höchstens auf die Dauer von 12 Jahren, 45 Vertreter der Städte mit über 50 000 Einwohnern und 2 weiterer Vertreter der Stadt Berlin, 24 Vertreter der übrigen Städte und Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern, 24 Vertreter der Provinzen, sowie ein Vertreter der hohenzollernschen Lande, 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltungen, 48 Besitzer solcher Landgüter, die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitz derselben Familie befinden und eine Größe von mindestens 15 Hektar haben oder einen Reinertrag von mindestens 150 Mark gewähren, 24 Mitglieder als Vertreter der Landwirtschaft, 24 Leiter großer Unternehmungen der Industrie und des Handels, 24 Mitglieder als Vertreter des Handels und der Industrie, 18 Mitglieder als Vertreter des Handwerks, 16 Mitglieder als Vertreter der Hochschulen und 16 Mitglieder als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche in das Herrenhaus zu berufen sind. Weiter wurde ein konservativer Eventualantrag angenommen, wonach 6 unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, 6 Lehrkräfte von höheren und mittleren Schulen, von Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, 6 Angehörige der übrigen Gelehrtenberufe, 3 Angehörige von technischen Berufsständen, 3 Berufsangehörige der bildenden und ausübenden Künste, der Literatur und der Presse aus allerhöchstem Vertrauen berufen werden, solange für ihre Präsentation kein Präsentationskörper besteht. Die Bildung dieser Präsentationskörper soll durch Gesetz angeordnet werden. Weiter fand ein Antrag der Nationalliberalen Annahme, der 16 Mitglieder als Vertreter der Arbeiterschaft vorsieht und ein fortschrittlicher Antrag, wonach 12 Mitglieder als Vertreter der Privatangestellten vorgesehen sind. Ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, wonach die Berufung eine Präsentation nicht auf Lebenszeit, sondern nur für 12 Jahre stattfinden soll, wurde ebenfalls angenommen.

Aus dem Großherzogtum.

⊙ **Durlach**, 6. Febr. Dem Kgl. Preuß. Oberlehrer, Dipl. Ing. Wilhelm Abele an der Kgl. höheren Maschinenbauschule in Aachen, geb. Durlacher, früher Assistent an der technischen Hochschule, Karlsruhe in Baden, z. Zt. technischer Hilfsarbeiter im Kriegsamt Wumba, Berlin, wurde das Preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

⊙ **Gernsbach**, 7. Febr. Im hohen Alter von 89 Jahren ist hier der Ehrenbürger der Stadt Gernsbach Komerzienrat Gottlieb Klump gestorben. Mit Komerzienrat Klump ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der sich nicht allein um die Stadt Gernsbach, sondern um den ganzen Bezirk große, unvergängliche Verdienste erworben hat. Seiner Energie und Tatkraft ist es zu einem guten Teil zu verdanken, daß das Murgtal für die Industrie und den Handel erschlossen worden ist. Komerzienrat Klump war früher Besitzer eines der größten Holzwerke des Murgtals. In späteren Jahren nahm er abwechslungweise seinen Wohnsitz in Karlsruhe und Gernsbach.

Donaueschingen, 6. Febr. Die Fürstlich-Fürstenbergische Standesherrschaft hat Notgeld prägen lassen für Stücke zu 5, 10 und 50 ₰.

✕ **Engen**, 6. Febr. Bei dem am Sonntag abgehaltenen vaterländischen Abend behandelte Geh. Hofrat und Landtagsabgeordneter Rebmann-Karlsruhe in 1½stündigem Vortrage die Kriegsziele unserer Gegner, die durch die übermenschlichen Anstrengungen unserer feldgrauen Helden bisher errungenen deutschen Erfolge und illustrierte den schweren, aber sicher vollen Erfolg bringenden Hauptkampf mit unserem zähesten Gegner, dem Engländer, durch die Unterseeboote. Diese werden erreichen, daß England in absehbarer Zeit für den Frieden reif gemacht sein wird, und mit der Uhr in der Hand deren Zeiger dem Ende dieses für ihn hoffnungslosen Kampfes zueilen, verfolge der Engländer dieses titantische Ringen. Warme Worte hatte der Redner für die Bauersfrauen, die, während ihre Männer im Schützengraben dem Feinde ihre Stirne bieten, in unermüdlicher schwerer Tätigkeit dafür sorgen, daß uns, hinter der Front, ein Durchhalten möglich geworden sei und auch fernerhin möglich sein werde. Der deutsche Bauernstand habe in diesem Riesenkriege das Vorhaben unserer Feinde, uns auszuhungern, glänzend zuschanden gemacht.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 7. Februar 1918.

= **Mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet** wurde ein Sohn unserer Stadt, Herr Hauptmann Stoffleth, der als Führer eines Jägerbataillons sich auf allen Kriegsschauplätzen durch seine hervorragende Haltung und Verdienste in den Gebirgskämpfen hervortat. Hauptmann Stoffleth, in seiner letzten militärischen Stellung vor dem Kriege Taktik-Lehrer an der Kriegsschule zu Neisse (Schlesien) ist ein Sohn des Herrn Privatiers Stoffleth hier.

= **Neue Reisebrotmarken.** Amtlich wird mitgeteilt: In den nächsten Tagen gelangen neue Reisebrotmarken zur Ausgabe, und zwar außer den bisherigen über 50 Gramm Gebäck auch noch solche über 500 Gramm. Diese 500 Gramm-Marken werden zweckmäßig von denen, die Brot nicht in einzelnen Schnitten, sondern im ganzen beziehen wollen, benutzt, also von Militärurlaubern, Binnenschiffern, Arbeitern, die außerhalb ihres Wohnortes tätig sind, Reisenden, die sich in volle Verpflegung begeben usw. Wegen Stoffersparnis werden die Reisebrotmarken nur in Bogen zu je 10 Stück ausgegeben, also nicht mehr auch in Heften. Aus dem gleichen Grunde sind die Marken den bisherigen gegenüber erheblich verkleinert. Die 50 Gramm-Markenbogen zeigen als Wertpapierunterdruck einen grauen Reichsadler auf graublauem, die 500 Gramm-Markenbogen einen solchen auf rotgrauem Grunde. Zur Verhütung von Fälschungen ist das Papier mit Wasserzeichen sowie roten und blauen Fasern versehen. Mit der Ausgabe der neuen Marken werden die bisherigen noch nicht ungültig; sie gelten vielmehr neben den neuen noch bis zum 15. März einschließlich. Erst vom 16. März ab dürfen nur noch die neuen verwendet werden. Ferner hat das Direktorium der Reichsgetreidestelle neue Bestimmungen über die Entwertung der eingelösten Marken durch Bäcker, Gastwirte usw. getroffen. Diese haben nämlich die Marken sofort nach Empfangnahme zu entwerten. Reichen in Zukunft die Bäcker nicht entwertete Reisebrotmarken den Gemeinden ein, um Mehl darauf geliefert zu erhalten, so werden ihnen solche nicht angerechnet werden. Die Bäcker werden also, um sich vor Schaden zu hüten, gut tun, die von den Kommunalverbänden noch ergehenden näheren Bestimmungen über die Entwertung sorgfältig zu beachten.

= **Schuhflickerei des Badischen Frauenvereins.** Der durch den Bad. Frauenverein in Mühlburg abgehaltene Schuhvortrag mit Ausstellung zeitgemäßer Schuhwaren war derartig überfüllt, daß viele wieder umkehren mußten. Eine Wiederholung findet laut Inserat am Samstag Abend in der Turnhalle Gardtschule abends 8 Uhr in Mühlburg statt.

Letzte Drahtberichte.

* **Berlin**, 7. Febr. Der frühere italienische Minister Tittoni soll sich vorläufig vom öffentlichen Leben zurückgezogen haben.

Gustav Klimt †.

WTB. **Wien**, 7. Febr. Der Maler Gustav Klimt ist gestorben. Klimt ist 1862 in Baumgarten bei Wien geboren. Von ihm stammen u. a. die Ahnenbilder der Kgl. rumänischen Familie im Schlosse Telesch bei Sinaja; ferner eine Reihe von Decken- und Treppenhausbildern in Theatergebäuden, so in Reichenberg, Fiume, Karlsbad, Weimar und im Hofburgtheater in Wien. Gustav Klimt war Inhaber des Kaiserpreises und der großen goldenen Medaille der Kunstausstellung Paris 1900.

Angeschwemmte Minen.

WTB. **Haag**, 6. Febr. Das Correspondenz-Büro meldet daß im Monat Januar an der niederländischen Küste 232 Minen angeschwemmt wurden, darunter 215 englische, 19 deutschen und 5 unbekannten Ursprunges.

Versenktes Patrouillenschiff.

WTB. **Bern**, 6. Febr. Laut „Dépêche de Lyon" ist das französische Patrouillenschiff "Gouland" am 11. Jan. von einem U-Boot versenkt worden.

Der italienische Flieger Salomone gefallen.

WTB. **Bern**, 6. Febr. Major Salomone, der bekannteste italienische Flieger, wurde kürzlich im Luftkampf getötet.

Portugal.

* **Paris**, 6. Febr. Priv.-Tel. Depeschen aus Madrid hatten von Unruhen berichtet, die in den letzten Tagen in Portugal ausgebrochen sein sollten. Eine Depesche, die der portugiesischen Gesandtschaft in Paris aus Lissabon vom dortigen Minister des Auswärtigen zugegangen ist, erklärt, daß die Nachrichten völlig falsch seien und überall im Lande vollständige Ruhe herrsche.

Eisenbahnunfall.

WTB. **Nürnberg**, 7. Febr. Gestern abend ist auf Station Stein der Personenzug 1145 auf die Maschine des über die Einfahrtsweiche hinausstehenden Güterzuges 2567 aufgefahren. Etwa 10 Personen wurden leicht, drei oder vier schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Die Schreckensherrschaft der Bolschewiki.

Die Rote Garde im Kloster Newski Lawra.

WTB. **Petersburg**, 7. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Mitteilung des Kommissariates für öffentliche Wohltätigkeit über Ausschreitungen in der Nachbarschaft des Klosters Newski Lawra. Am 26. Januar begaben sich Vertreter des Kommissariates nach dem Kloster und der Kathedrale von Alexander Newski, um deren innere Einrichtung zu untersuchen und den Grad zu bestimmen, in dem sie für die Sache der öffentlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht werden könnten. Da das Ergebnis dieser Untersuchung günstig war, erklärte die Kommission dem Prior des Klosters, er möge den Versuch machen, ein Verzeichnis über die Möbel aufzustellen. Die Beschlagnahme der Oertlichkeit wurde verhindert durch den hartnäckigen Widerstand des Priors des Klosters trotz der Bereitwilligkeit der Mönche, die Arbeit des Kommissars zu unterstützen. Trotzdem der Metropolit die Räumung des Klosters genehmigte fuhr der Prior fort, die Auslieferung des Inventars zu verhindern. Mit Rücksicht darauf, daß die Räume für die Unterbringung Verwundeter und Kranker dringend benötigt wurden, beschloß der Kommissiar die vorläufige Entfernung des Priors, der der Durchführung der Verfügung der Regierung Hindernisse in den Weg legte. Am 1. Februar erschien der Kommissar in Begleitung von zwölf Roten Gardisten und fünf Kronstädter Matrosen. in dem Kloster. Beim Erscheinen der Roten Gardisten läuteten die Mönche Sturm und versammelten die Bewohner des Klosters. Trotz der zusammengelaufenen Volksmenge verhaftete der Kommissar den Prior und führte ihn unter Bedeckung ab. Im gleichen Augenblick führte ein anwesender Priester Stockschläge gegen einen Roten Gardisten, der zu seiner persönlichen Verteidigung sein Gewehr abschoß. Durch die Mönche aufgehetzt, nahm die Menge eine drohende Haltung gegen die Begleitmannschaft an; sie griff den Kommissar bei seinem Wiedererscheinen an und mißhandelte ihn mit Stockschlägen. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem Roten Gardisten, der einen Schädelbruch erlitt, und einem politischen Emigranten, der den Kommissar unterstützte. Vor den Ausschreitungen der Menge und Mönche wurde die Garde durch Soldaten gerettet, die ihr zur Hilfe eilten und die Menge zerstreuten. Das Kloster wurde hierauf durch Soldaten endgültig besetzt.

Lebensmittelmangel in Petersburg.

WTB. **Rotterdam**, 6. Febr. „Daily News" melden aus Petersburg, daß der Mangel an Lebensmitteln in der Hauptstadt und in den benachbarten Distrikten zunimmt. An vielen Stellen wurden Eisenbahnzüge, die mit Lebensmitteln nach Petersburg unterwegs waren, angehalten und ausgeraubt. Am Freitag wurde bei einem Gefecht zwischen Bauern und Bewachungsmannschaften eines Schnellzuges zehn Personen getötet und 25 verwundet. Die Registrierung der vorhandenen Vorräte wurde ohne viel Schwierigkeiten durchgeführt. Die Preise steigen noch immer. Kartoffeln kosten ungefähr drei Mark das Pfund. Zucker 17 Mark. Der Mangel an Getreide wird immer fühlbarer, zumal da die Bauern in Südrußland kein Papiergeld mehr annehmen und ihr Getreide nur gegen andere Waren austauschen. Es wurden mit einem Zuge Fabrikwaren nach dem Süden geschickt, um dagegen Getreide und Mehl einzutauschen.

*

Die Plünderungen in Finnland.

WTB. **Stockholm**, 6. Febr. Der Sonderberichterstatter des Svenska Telegram Byran meldet aus Helsingfors: Die Roten Garden verhafteten weitere Personen, die mit den weißen Garden sympathisieren. Zwei Stockwerke des Hotels Kemp wurden als Krankenhaus des Roten Kreuzes eingerichtet. Man sagt, daß Mannerheim mit seinen Weißen Garden Tammerfors gewonnen habe. Rote Garden beschlagnahmten alle Vorräte an Lebensmitteln, auch bei Privaten, sowie Automobile mit Zubehörteilen für die Intendantur der Roten Garde. Der schwedische Gesandte und der Aerzteverein erhoben nachdrücklich Einspruch gegen die Ermordung des Arztes Schybergson, der aus einem Krankenhaus von Roten Garden fortgeführt worden war und später ermordet aufgefunden wurde, obgleich er die Abzeichen des Roten Kreuzes trug. Die Plünderungen werden fortgesetzt. Heute nachmittag vier Uhr wurde das Pelzgeschäft von Taxler unter dem Schutze der Roten Garde von Huligans geplündert, und der Lagerbestand in Automobilen fortgeschafft. Auch im Opernkeller, dessen Direktor ein Schwede ist, haben Plünderungen stattgefunden.

Wetterbericht des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.

Voraussichtliche Witterung am 8. Februar: meist trüb, Regenfälle, mild.

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen rc. der etatmäßigen Beamten der Gehaltstarifabteilungen H bis K sowie von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Versetzt: Kanzleiassistent Franz Koch beim Amtsgericht Radolfzell zum Landgericht Offenburg.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Befördert: zum Oberdammeister: Karl Georg Fuchs in Offenburg.

Entlassen: der Landstraßenwärter Fidel Lang in Sasbach (wegen Kränklichkeit).

Großh. Verwaltungshof.

Beamteneigenschaft verliehen: den Wärterinnen Christine Federle und Marie Meyer bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen. — Zoll- und Steuerdirektion. —

Versetzt: der Steueraufseher Ludwig Huber in Schwetzingen nach St. Blasien.

Enthoben: der Steueraufseher Joseph Heusler in Biesendorf auf Ansuchen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

+ **Pforzheim**, 6. Febr. Die Bijouteriewaren- und Kettenfabrik Rodi u. Wienenberger A.-G. in Pforzheim beschloß, ihr Kapital durch Ausgabe von 800 neuen Aktien um 800 000 M auf 2 Millionen Mark zu erhöhen.

Gerichtsverhandlungen.

H. **Karlsruhe**, 5. Febr. Der Ausläufer Georg Streng aus Heidelberg hatte nach seiner Rückkehr aus dem Felde, wo er sich das Eiserne Kreuz errungen hatte, Anstellung als Bürodiener gefunden. Er genoß in dem Betriebe, einer Edelmetallfabrik, Vertrauen, hatte dort Zutritt zu den Räumlichkeiten, in denen Wertsachen sich befanden und benutzte dann die Gelegenheit, Feinsilber, Silberbarren, Franken-Geld u. a. sich anzueignen. Im ganzen brachte er für etwa 12 785 M Edelmetall an sich. Ferner unterschlug er eine Anzahl Feldpostpakete, die er zur Post bringen sollte. Von dem gestohlenen Silber konnte der größte Teil wieder beigebracht werden, so daß der bestohlenen Firma ein Schaden von 3—4000 M erwächst. Dieser Umstand wurde bei der Strafzumessung berücksichtigt. Weiter wurde berücksichtigt, daß er von Anfang an geständig war und sich im Felde ehrenvoll geschlagen hat. Infolge dieser Milderungsgründe erkannte das Gericht wegen Diebstahls im Rückfalle und wegen Unterschlagung lediglich zu 2 Jahren 4 Wochen Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft.

☆ **Mannheim**, 6. Febr. Der 35jährige Reisende Joseph Glaß machte in Mannheim verschiedene Einschleichdiebstähle und eignete sich dabei Kleidungsstücke an. Mit Rücksicht auf seine große Strafliste verurteilte ihn die Strafkammer zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Büchertisch.

Rücksendung von Rezensionsexemplaren ist ausgeschlossen. Besprechung erfolgt nach freiem Ermessen.

Es sind folgende Bücher bei uns eingegangen:

Die Konfirmation unserer Töchter wird in diesem Jahre noch mehr als sonst viele Mütter mit banger Sorge erfüllen, weil die Stoffknappheit und die fast unerschwinglichen Preise die Anschaffung nahezu unmöglich machen. Da ist ein soeben im Verlag von Otto Beyer in Leipzig, Rathausring 13, erschienenes Heft „Konfirmations- und Kommunion-Kleider 1918" zu begrüßen, das der Not der Zeit nach jeder Richtung hin Rechnung trägt und besonders auch für die Anfertigung von Kleidern aus zweierlei Stoff zahlreiche Vorlagen enthält. Alle nur erdenklichen Herstellungsmöglichkeiten sind in 45 kleidsamen Modellen für das jugendliche Alter veranschaulicht, auch Wäsche-Vorlagen sind vorhanden. Das erforderliche Maß für Stoffe und Zutaten ist bei jedem Kleide so genau angegeben, daß die Selbstanfertigung der abgebildeten Kleider nicht schwer fallen wird, zumal der Verlag auf Verlangen auch die einzelnen Schnitte zum Preise von 40 ₰ liefert. Der Preis des Buches, das durch alle Buchhandlungen bezogen werden kann, beträgt 75 ₰, vom Verlag direkt außerdem 5 ₰ Postgeld. — Im gleichen Verlag ist eine weitere Schrift erschienen, die genaue Anleitungen über die Anfertigung von Hausschuhen aus Stoffresten enthält. Diese Schrift kostet 50 ₰.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen.

5. Febr.: **Karl Kunze** von Ettlingen, Maler hier, mit Rosa Auer von Zizenhausen; **Karl Essig** von Karlsruhe-Beiertheim, Former hier, mit Anna Braun von Karlsruhe-Beiertheim.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden mein geliebter Mann

Kommerzienrat

Gottlieb Klump

Ehrenbürger der Stadt Gernsbach

im Alter von 89 Jahren.

In tiefer Trauer:

Sophie Klump, geb. Reiss.

Gernsbach, den 7. Februar 1918.

Die Beerdigung findet Samstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt. 1164

PRESTO

Automobile

Personenwagen

Schnelllastwagen

„Prestowerke" Aktiengesellschaft Chemnitz

Filiale Berlin - Charlottenburg, Spreestrasse 42.

Versicherung gegen

Sachschäden und Körperverletzungen

durch

Flieger-Angriffe

zu günstigen Prämien und Bedingungen gewährt die Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin W 8, Taubenstr. 1—2.

Aufgenommen wird jedermann. Kollektiv-Versicherungen von Angestellten und Arbeitern. Kostenlose Auskunft erteilen die Direktion sowie die an allen grösseren Orten vorhandenen Vertreter. 12003

Bekanntmachung.

Die Altkleiderabgabestelle, Douglasstraße 24, ist von heute an aufgehoben und werden künftig nur in unserem Laden **Kaiserstraße 91** getragene Kleider, Schuhe usw. **von morgens 9 bis 12½ Uhr** und **mittags von 2½ bis 6 Uhr** angenommen.

Karlsruhe, den 7. Februar 1918. P 4

Städtische Bekleidungsstelle. Verwaltung.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger" und das „Amtliche Verkündigungsblatt" veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1500/11. 17. K. R. A. u. Nr. Paga. 1200/11. 10. K.R.A., enthaltend Nachträge zu den Bekanntmachungen über **Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden,** sowie **Meldepflicht über Papiergarnerzeugung und Höchstpreise für Spinnpapier aller Art,** sowie für **Papiergarne und -bindfäden.** Auf diese Bekanntmachungen, die auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden können, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 4. Februar 1918.

Großh. Bezirksamt.

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",

Karlsruhe, Hirschstraße 9

(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Vaterländische Volksfeier

im Ev. Gemeindehause der Südstadt.

Am **Sonntag, den 10. Februar, abends ½8 Uhr.**

Vortrag des Herrn Stadtverordneten Rückert:

Meine Erlebnisse auf der Reise an die Westfront.

Lichtbilder aus den Kämpfen an der Westfront. Musikalische Darbietungen Beim Kirchendiener der Südstadt (im ev. Gemeindehaus) sind im Laufe des Samstags Programme erhältlich, die als Eintrittskarte dienen. 1158

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lgb. Nr. 3059, 1 a 76 qm mit Gebäuden Schützenstraße 66.

Schätzung: 26 000 Mk.

Versteigerungstagfahrt: Dienstag, den 9. April 1918, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8. 1121

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 28. Januar 1918.

Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Automobile und Elektromobile

Last- u. Personenwagen, auch defekt, sowie Teile **kauft gegen Cassa**

Auto-Reparatur, Frankfurt a. M.-West

Kurfürstenstr. 60—62. 20771

Zahlungsaufforderung

An Schulgeldern für das Schuljahr 1917/18 sind zur Zahlung verfallen:

Das 4. Vierteljahr für die
Bürgerschule,
Töchterschule und
Knabenvorschule.

Das 2. Drittteljahr für die
Goetheschule,
Humboldtschule,
Fichteschule,
Lessingschule,
Oberrealschule und die
Handelsschule (Herbstklasse).

Das 3. Drittteljahr für die
Handelsschule (Osterklasse),
Handelsschule (Jahresklasse) u. die
Gewerbeschule.

Zahlungspflichtige, welche mit der Bezahlung ihres Schulgeldes noch im Rückstande sind, werden deshalb aufgefordert, ihre Schuldigkeit bis

spätestens 16. Februar ds. Js.

zu entrichten.

Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß vorstehende Zahlungsaufforderung an Stelle der früheren mündlichen Mahnung durch die Mahner tritt, und daß im Nichtzahlungsfalle nach Ablauf der oben bezeichneten Frist gegen die säumigen Schuldner sofort Zwangsvollstreckung angeordnet werden müßte. Außerdem ist die Versäumnisgebühr zu entrichten, welche beträgt bei Schuldigkeiten

bis zu einschließlich		3 M	10 ₰
von 3 M	bis	20 M	20 ₰
von 20 M	bis	50 M	30 ₰
von 50 M	bis	100 M	40 ₰
von mehr als 100 M			50 ₰

Nachdem die Stadthauptkasse für den Kassenverkehr nur vorm. von **8 bis 12½ Uhr geöffnet ist,** wird zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dringend ersucht, Zahlungen tunlichst auf unser Postscheckkonto Nr. 8 oder auf unser Girokonto Nr. 96 bei der städt. Sparkasse hier, unter Angabe der Schule und Ordnungszahl, welche die Schüler besuchen, zu leisten.

Stadthauptkasse A.

GALERIE HOOS

Sonderausstellung

Walter Conz

Februar 1918,

sowie

Werke von Prof. Curt Liebich-Gutsch, Haueisen, Fehr, Grimm, Ad. Martin u. a.

Gemälde 1007
Graphik :-: Plastik.

Wir kaufen

Markensammlung

gegen bar. 15014

Philipp Kosack & Co.,
Berlin C., Burgstr. 13.

Für meine Leihanstalt **suche** ich

Flügel und **Pianos**

zu kaufen

und erbitte Angebote. 1012

Ludwig Schweisgut, Hoflieferant
Karlsruhe, **Erbprinzenstraße 4.**

Student der Mathematik

erteilt Stunden in **Mathematik, Physik und Chemie** für alle Klassen zu mässigen Preisen. Anfragen unter Nr. 7011 an die Gesch.-Stelle der „Bad. Landesztg."

Wir haben sofort abzugeben:

Lehren, Kaliberringe, Gewindekaliber, Gewindefräser 12 Gang u. 16 Gang auf 1", **60° Kanten-Winkel** für **7,6** und **10,4 cm Granaten.** 1109

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.

Karlsruhe (Baden).